

Flüchtlinge / Unterbringung in der Gemeinde Simmerath

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 01.01.2019 beantragt, eine Sondersitzung des Generationen-, Schul- und Sozialausschusses einzuberufen und über die Flüchtlingsunterkunft Langschoß zu beraten.

Mit Stand 31.12.2017 betreute das Sozialamt rd. 160 Flüchtlinge, von denen 120 Flüchtlinge Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhielten sowie 40 anerkannte Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage. Diese Personen werden ebenfalls den Kommunen zugewiesen und sind von den Kommunen bis zur Anmietung einer eigenen Wohnung unterzubringen. Diese Personen erhalten i.d.R. Arbeitslosengeld II durch das Jobcenter bis zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit.

Unterkunft Langschoß



Einige der Zwei-Personen-Zimmer wurden in den vergangenen Jahren wohnlicher hergerichtet, bekamen einen Anstrich, neue Fenster und neue Böden. Auch die Heizung des Gebäudes wurde bereits ausgetauscht Foto:H. Schepp

Zum 31.12.2018 betreute das Sozialamt rd. 170 Personen, von denen 140 Personen Leistungen nach dem AsylbLG erhalten sowie rd. 30 anerkannte Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage.

Im Jahre 2018 wurden der Gemeinde Simmerath 37 Asylbewerber und 7 anerkannte Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage zugewiesen.

Trotz der Zuweisungen von insgesamt 44 Personen in 2018 erfolgte keine erhebliche Steigerung der Fallzahlen. Dies ist darin begründet, dass bei dem Personenkreis seit jeher erhebliche Zu- und Abgänge (Umzüge, Untertauchen und erneute Vorsprache beim Sozialamt etc.) zu verzeichnen sind.

Aktuell (Stand 31.12.2018) erfüllt die Gemeinde Simmerath die FlüAG-Quote mit 114,34 % (Überhang von 12 Personen), die Erfüllungsquote der Personen mit Wohnsitzauflage beträgt 24,28 % (minus von 178 Personen).

Daher wurde mit der Bezirksregierung Arnsberg Ende letzten Jahres eine sog. Zielvereinbarung über die Aufnahme von vorerst 40 anerkannten Flüchtlingen mit Wohnsitzauflage getroffen. Ab der 2. KW 2019 werden nun für 8 Wochen wöchentlich 5 Personen zugewiesen, die durch das Sozialamt unterzubringen sind.

Die Gemeinden haben keinen Einfluss auf die Personen, die zugewiesen werden. Sie erhalten lediglich mit einer Vorlaufzeit von nun rd. 10 Tagen eine Vorabinformation (Name, Geburtsdatum, Geschlecht, Schlüssel der Staatsangehörigkeit u. ggfls. Familienzugehörigkeit) der zugewiesenen Personen.

Die Gemeinde Simmerath benötigt eine Sammelunterkunft, in der die Flüchtlinge unmittelbar nach der Zuweisung untergebracht werden. Es ist nicht möglich, aufgrund des knappen Zeitraumes zwischen der namentlichen Bekanntgabe der Personen und des Ankommens der Personen passgenauen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Weiterhin kommt es immer wieder vor, dass zugewiesene Flüchtlinge sich nicht im Gemeindegebiet aufhalten und stattdessen lieber im städtischen Raum oder bei Verwandten leben möchten und sich deshalb auch dort aufhalten.

Anzumerken ist ebenfalls, dass auf Langschoß einige (wenige) Flüchtlinge untergebracht sind, die als bedingt geeignet erscheinen, in den Ortschaften untergebracht zu werden.

Im Regelfall werden die Personen zuerst in der Flüchtlingsunterkunft Langschoß untergebracht. Die Mitarbeiterinnen des Sozialamtes versuchen, Familien und Frauen (alleinstehend oder mit Kindern) sodann möglichst schnell in Wohnraum in den einzelnen Ortschaften unterzubringen.

Die Gemeinde Simmerath zahlt die Unterkunftskosten für insgesamt 26 Wohnungen / Häuser. Dabei handelt es sich um gemeindeeigene, vom Sozialamt oder von Flüchtlingen selbst angemietete Wohnungen. In der Flüchtlingsunterkunft Langschoß können max. 60 Personen untergebracht

werden. Zur Zeit leben dort 30 alleinstehende Männer. Weiterhin halten sich einige männliche Flüchtlinge, die in die Unterkunft eingewiesen wurden, dort nicht oder nur gelegentlich auf. Ebenfalls leben dort 3 alleinstehende Frauen, die sich z.T. dort nur zeitweise aufhalten.

Somit leben nur knapp 20 % aller Flüchtlinge in der Unterkunft Langschoß.

Die Unterkunft Langschoß wird durch einen Hausmeister betreut. Er erhielt bisher Unterstützung von einem weiteren Hausmeister, der zum Ende des letzten Jahres das Arbeitsverhältnis bei der Gemeinde Simmerath aufgegeben hat. Diese Stelle soll in Kürze wieder besetzt werden. Weiterhin unterstützt der Bauhof der Gemeinde Simmerath ebenfalls im Bedarfsfall den für Langschoß zuständigen Hausmeister.

Die Mitarbeiterinnen des Sozialamtes setzen sich ebenfalls bürgernah und mit großem Engagement für die Belange der Flüchtlinge ein.

Mitarbeiter des Caritasverbandes für die Region Eifel sowie des DRK bieten eine soziale Betreuung, zugeschnitten auf die Fragen und Probleme der Flüchtlinge, im Zentralort Simmerath an. Zusätzlich zu einer offenen Sprechstunde wird die Mitarbeiterin des Caritasverbandes für die Region Eifel in Kürze auch regelmäßige Sprechstunden direkt in der Unterkunft Langschoß anbieten. Der Mitarbeiter des DRK bietet im Bedarfsfall auch Beratungen in den Unterkünften an.

Ein wichtiger Baustein in der Betreuung der Flüchtlinge ist die Arbeit der ehrenamtlich tätigen Personen, hier insbes. des Arbeitskreises Langschoß. Die Ehrenamtler engagieren sich seit einigen Jahren auf verschiedenste Weise für die Flüchtlinge, fahren mit ihnen zu Ärzten, zu Behörden, zum Café International, zu sportlichen Aktivitäten, bieten Deutschunterricht an, etc.. Sie sind regelmäßig „vor Ort“ und haben Zeit für die Belange und Sorgen der Flüchtlinge. Diese große und sehr lobenswerte Unterstützung der Flüchtlinge durch die Ehrenamtler in dieser vielfältigen Weise gehört nicht zu den gesetzlich der Gemeinde obliegenden Aufgaben des Sozialamtes, könnte aber auch durch die Mitarbeiter der Verwaltung nicht geleistet werden.

Durch den Arbeitskreis Langschoß wurden durch akquirierte Spenden und Zuschüsse viele Anschaffungen auf Langschoß getätigt, die den Bewohnern zu Gute kommen, wie z.B. Instandsetzung eines Billards, Anschaffung eines Kickers und einer Außensitzgruppe, Tore für den Fußballplatz sowie Aufbau einer W-LAN Anlage.

In den letzten Jahren wurden verwaltungsseitig erhebliche Renovierungsarbeiten in der Unterkunft Langschoß durchgeführt, so wurde die Gemeinschaftsdusche in einer Unterkunft komplett saniert. In vielen Zimmern, in denen sich noch Teppichboden befand, wurde dieser entfernt und mit PVC-Boden ausgestattet. Weiterhin wurde ein Großteil der Türcargen und Türen, da diese durch Vandalismus beschädigt waren, sowie zahlreiche Fenster ausgetauscht und Zimmer und Flure gestrichen.

Eine erhebliche Ausgabenposition ist aber auch die häufige Behebung von

Vandalismusschäden, wie verstopfte Abflüsse, zerbrochene Fenster etc..

Die seit dem 01.01.2017 gezahlte Pro-Kopf-Pauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz ist bei weitem nicht kostendeckend. Die Unterdeckung betrug im Jahr 2018 voraussichtlich knapp 300.000 €.

Neben der Zuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz erhalten die Kommunen nun auch eine Integrationspauschale, die für kommunale Flüchtlingsmaßnahmen eingesetzt werden soll. Daher geht die Verwaltung davon aus, dass das Defizit in 2019 geringer ausfällt als der Fehlbetrag in 2018.

In den nächsten vier Jahren sollen insgesamt 350.000 € in die Unterkunft investiert werden, und zwar u.a. für die Erneuerung der Fassaden, Dacheindeckung, Austausch von weiteren Fenstern und Türen, Renovierung der Flure und Gemeinschaftsräume.

Eine Instandhaltung der Unterkunft macht auch vor dem Hintergrund Sinn, dass es sich um eine gemeindeeigene Unterkunft handelt. Die vom Sozialamt verausgabte Mietzahlung fließt dem kommunalen Haushalt im Rahmen der internen Leistungsverrechnung wieder zu.

Frau Lepers, die dem Arbeitskreis Langschoß angehört und seit langem auf Langschoß ehrenamtlich tätig ist, hat sich mit Schreiben vom 13.11.2018 an die Mitglieder des Gemeinderates gewandt und ausführlich die fehlende Sauberkeit der Gemeinschaftsräume (Küchen und Bäder) auf Langschoß dargelegt sowie deutlich gemacht, dass ihre Bemühungen, die Bewohner zu mehr Sauberkeit anzuhalten, gescheitert seien. Sie sieht als einzige Lösung eine regelmäßige Reinigung der Unterkunft durch ein externes Unternehmen.

Dieses Schreiben wurde den Mitgliedern des Generationen-, Schul- und Sozialausschusses in der Sitzung vom 04.12.2018 bekanntgegeben und allen Mitgliedern des Rates der Gemeinde Simmerath zugestellt.

In der Sitzung des Generationen-, Schul- und Sozialausschusses vom 04.12.2018 wurde durch Bürgermeister Hermanns bereits mitgeteilt, dass aufgrund der geringen Busanbindungen von Langschoß nach Lammersdorf (und umgekehrt) in den Wintermonaten für die Flüchtlinge, die an einem Integrations- oder Sprachkurs in Aachen teilnehmen und keine Busanbindung haben, ein Taxidienst eingesetzt werden soll. Das Taxi ist nun im Einsatz und bringt diese Flüchtlinge montags bis freitags morgens von Langschoß nach Lammersdorf und abends von Lammersdorf wieder zurück nach Langschoß.

Ebenfalls soll gemeindeseitig für die Betreuung der Flüchtlinge ein weiteres Fahrzeug im Rahmen eines Leasing-Vertrages angeschafft werden. Dieses Fahrzeug soll den Ehrenamtlichen die Möglichkeit geben, ihre Arbeit mit den Flüchtlingen freier zu gestalten, da sie dann nicht mehr auf das jetzt zur Verfügung stehende Fahrzeug des

Hausmeisters angewiesen sind.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die ÖPNV-Anbindungen von Langschoß nach Lammersdorf nicht schlechter sind als die Busanbindungen mancher Orte im Rurtal zum Zentralort Simmerath.

Am 10.01.2019 fand ein konstruktives Gespräch mit Vertretern des Arbeitskreises Langschoß statt, in dem diese u.a. auf die mangelnde Sauberkeit in der Unterkunft, unzureichende Beleuchtung im Außenbereich, schlechte ÖPNV-Anbindung und ein fehlendes Hinweisschild an der Straße zur Unterkunft Langschoß hinwiesen. Durch den Arbeitskreis Langschoß wird aus unterschiedlichen Gründen ebenfalls der verstärkte Einsatz eines Betreuers für die dort lebenden Flüchtlinge für erforderlich gehalten.

Den Vertretern des Arbeitskreises Langschoß wurden die anstehenden Initiativen zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge auf Langschoss, wie sie auch in dieser Vorlage beschrieben werden, dargelegt.

Die Sauberkeit in der Unterkunft Langschoss (und in den anderen Unterkünften) ist seit jeher von der Belegung der Unterkunft abhängig. Die Gemeinschaftsräume sind zumeist in einem besseren Zustand, wenn dort Familien leben.

In der Vergangenheit wurden die Reinigungsarbeiten immer wieder im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten i.S. des AsylbLG durchgeführt und mit der gesetzlich vorgegebenen Aufwandsentschädigung (0,80 €/Stunde) vergütet. Seit geraumer Zeit ist keiner der dort lebenden Flüchtlinge mehr bereit, diese Arbeiten in den Küchen und Bädern durchzuführen.

Auch die durch die Verwaltung erstellten Putzpläne für die Bewohner führten zu keinem Erfolg.

In persönlichen Gesprächen mit den Bewohnern der Unterkunft entsteht der Eindruck, dass die mangelnde Sauberkeit oft als nicht störend empfunden wird.

Um einen „Neuanfang“ zu signalisieren, verbunden mit der Hoffnung, dass die Gemeinschaftsräume künftig sauberer bleiben bzw. häufiger geputzt werden, soll eine Gebäudereinigung in Kürze eine Grundreinigung in allen Gemeinschaftsräumen und in den Fluren durchführen.

In diesem Zusammenhang wird an den Ortsvorsteher von Lammersdorf, Herrn Hammelstein, die Bitte gerichtet, die Unterkunft in regelmäßigen Abständen mit der Leiterin des Sozialamtes zu besichtigen, um sich ein Bild vor Ort zu machen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die mangelnde Sauberkeit in der Unterkunft Langschoß kein Problem des Standortes ist, sondern der Bewohner, die dort leben. Wäre die Sammelunterkunft an einem zentraleren Standort gelegen, würde dies mit großer Wahrscheinlichkeit auch zu keinem anderen Verhalten der Bewohner führen.

Ebenfalls bemüht die Verwaltung sich, in Kürze eine begleitende Fachkraft in der

Unterkunft Langschoß in größtmöglichen Umfang einzusetzen. Dafür soll ein Teil der Integrationspauschale eingesetzt werden.

Mit dem Einsatz einer Fachkraft auf Langschoß, die die Flüchtlinge betreuen soll, ist auch die Hoffnung verbunden, dass die Flüchtlinge zu mehr Sauberkeit und gemeinschaftlicher Reinigung der Küchen, Bäder und Flure angehalten werden.

Verwaltungsseitig wurde ebenfalls ausgeführt, die Beleuchtung im Außenbereich der Unterkunft Langschoß sowie die Anbringung eines Hinweisschildes an der Zuwegung zu Langschoß zu prüfen.

Als Fazit ist festzuhalten:

Nachfolgende Maßnahmen wurden initiiert bzw. werden in Kürze erfolgen:

- Regelmäßige Sprechstunden einer Sozialarbeiterin in der Unterkunft Langschoß
 - Einsatz eines Taxidienstes in den Wintermonaten
 - Leasing eines Fahrzeuges (7-Sitzer) (zur vorwiegenden Benutzung durch die Ehrenamtler)
 - Grundreinigung der Gemeinschaftsräume (-flächen) durch eine Fachfirma
 - Bestellung einer Fachkraft für die Betreuung der Flüchtlinge
-